

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus Nr. 6550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: M. 3.30 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Traglohn. —
Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der
Stadt; in Vertrieb: die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Landorten u. im Rheingau die
betreff. Tagblatt-Träger u. die Post. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks
haben die Bezüge keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entfallenden Entgelts.



Anzeigen-Preis für die Zeile: M. 1.25 für örtliche Anzeigen; M. 1.50 für auswärtige Anzeigen; M. 2.00 für
für örtliche Anzeigen; M. 7.00 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme un-
veränderter Anzeigen entsprechender Nachsch. — Anzeigen-Ausschuss: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 5. Juni 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 257. • 68. Jahrgang.

Die internationalen Genossen- schaften im Völkerbund.

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Wenn man Kleines mit Großem vergleichen darf, so
kann man für den staatlichen Organismus ein Eben-
bild aus der privatrechtlichen Sphäre in der Genossen-
schaft erblicken. Wie der Staat eine Volksgemeinschaft
darstellt, deren Aufbau die Wahrnehmung der Inter-
essen aller ist, so ist die Genossenschaft eine Personen-
vereinigung, die sich nicht die Befriedigung von Er-
werbsinteressen, sondern des gemeinsamen Bedürfnisses
der Genossenschaftsmitglieder zum Ziele setzt. Der
Staatszweck ist natürlich umfassender als der Genossen-
schaftszweck selbst der umfangreichsten Genossenschaft,
aber hierauf kommt es in diesem Zusammenhange nicht
an. Das Entscheidende ist die Tatsache, daß Staat und
Genossenschaft nicht an den einzelnen ihrer Glieder Er-
werbsinteressen nehmen, sondern bemüht sind, deren
allgemeines Wohl zu fördern.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, kann man
auch Staatenverbindungen mit den vorhandenen inter-
nationalen genossenschaftlichen Organisationen ver-
gleichen. Auch zwischen einem Bund der Völker und
einem Bund der Genossenschaften auf internationaler
Grundlage gibt es grundsätzliche Analogien. Und es ist
vielleicht nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wäh-
rend des Weltkrieges das Verständnis für und die
Freude am internationalen Zusammenwirken in keiner
anderen auf privatrechtlicher Grundlage aufgebauten
Organisation so wenig unter der Hochflut des Nationalis-
mus gelitten hat wie die internationalen Genossen-
schaftsverbände. Es gibt deren zwei. Ein inter-
nationaler Genossenschaftsbund, der vor-
wiegend landwirtschaftliche Genossenschaftsverbände der
verschiedenen Nationen umfaßt, und eine inter-
nationale Vereinigung anderer Ge-
nossenschaften, in der tonangebend die Kon-
sumgenossenschaften sind. Beide interna-
tionale Organisationen haben weniger als andere unter
den Kriegseffekten gelitten.

Der Londoner internationale Ge-
nossenschaftsbund ist wahrscheinlich die einzige
internationale Organisation, die sich bemühte, allen
ihren Gliedern gegenüber Neutralität zu wahren. Da
der Bund seinen Sitz in London hat und infolgedessen
der Verkehr mit seinen zentral-europäischen Mitgliedern
sehr erschwert war, geriet auch er unter den Einfluß
der Betrachtungen über die Ursachen des Krieges, die
in den Entente-Ländern herrschten, und insofern haben
die mitteleuropäischen Genossenschaften, die zum Bund
gehören, manche Ursache, zu klagen. Man muß aber
gerade sein und anerkennen, daß die Bundesbehörden
das Streben nach Neutralität verrieten und auch so-
weit praktische Neutralität übten, als das unter den
obwaltenden Verhältnissen für sie, die ständig unter
dem Einfluß der gewaltigen Stimmungsmache in den
Entente-Ländern standen, möglich war. Der leitende
Ausschuß hielt ständig Sitzungen ab. Die Sitzungs-
protokolle wurden den Mitgliedern in allen Ländern
durch Abdruck in einem internationalen Genossen-
schafts-Bulletin zugänglich gemacht, das während
des ganzen Krieges in englischer, französischer und deut-
scher Sprache erschien. Die deutsche Ausgabe, die für
die Genossenschaften in Deutschland, Österreich, der
Schweiz, Rußland, den skandinavischen Ländern und
des Balkans bestimmt ist, wird in Hamburg in der
Druckerei des Zentralverbandes deutscher Konsum-
vereine hergestellt. Der Verkehr zwischen Hamburg
und London vollzog sich über Holland. Es ist charak-
teristisch, daß sowohl die deutschen als auch die englischen
Behörden diesem ständigen schriftlichen Meinungsaus-
tausch, der Erstattung von Berichten, der Übersendung
von Materialien, Artikeln und dergleichen mehr keine
Hindernisse in den Weg legten. Natürlich waltete die
Zensur auch diesen Schriftstücken gegenüber ihres Amtes,
Beanstandungen sind aber selten vorgekommen.

Bald nach Beendigung des Krieges nahm der inter-
nationale Genossenschaftsbund seine Tätigkeit in frühe-
ren Umfange wieder auf. Der leitende Ausschuss in
London diskutierte schon sehr frühzeitig die Frage des
weiteren Zusammenwirkens der Genossenschaften. Er
organisierte eine Hilfsaktion für die vom Krieg
besonders betroffenen Genossenschaften und bewies
seine einwandfreie internationale Gesinnung durch
eine sehr kritische Stellungnahme gegen die im Ver-
sailer Vertrag zum Ausdruck gekommenen Tendenzen.
Am April 1920 wurde es schließlich ermöglicht, die erste
Sitzung des Vorstandes des Bundes abzuhalten. Sie
fand in Genf statt, konnte aber der Verkehrsschwierig-
keiten halber, die sich Ende März und Anfang April
infolge des Generalfreizeits in Deutschland noch zeigten,
von seinen deutschen Mitgliedern nicht besucht werden.
Die größte praktische Bedeutung hatte ein Beschluß, wo-
nach der internationale Austausch von

Gütern zwischen den genossenschaftlichen Großein-
kaufs-Genossenschaften sämtlicher am Band beteiligter
Länder organisiert werden soll. In jedem Land wird
eine Großeinkaufs-Gesellschaft anerkannt, die eine Ab-
teilung für genossenschaftlichen Güterexport zu schaffen
hat. Die englische Großeinkaufsgesellschaft wird gleich-
falls eine internationale Exportabteilung einrichten und
als Zentrale des internationalen genossenschaftlichen
Güterausstausches tätig sein. Man will einen Clearing-
verkehr einrichten, der die bestehenden Valutaschwierig-
keiten überwinden kann und hofft auf diese Weise den
internationalen Güterausstausch zu fördern. Ein Ver-
treter der wirtschaftlichen Abteilung des Völker-
bundes war auf der Konferenz anwesend und ver-
sprach die wohlwollende Förderung dieser Pläne durch
die englische Regierung. Im Oktober dieses Jahres
soll im Haag eine zweite Vorstandssitzung stattfinden,
an der hoffentlich auch die Deutschen teilnehmen können.

Das Problem des internationalen Güterausstausches
beschäftigt den internationalen Genossenschaftsbund
schon seit längerer Zeit. Seiner Ausführung, das darf
nicht verkannt werden, stehen noch allerhand Schwierig-
keiten im Wege. Vielleicht wirken aber die Kriegsnöte
auf Erhöhung des Eifers zur Überwindung der vor-
handenen Schwierigkeiten und führen dadurch das Pro-
jekt seiner Verwirklichung entgegen. Bedeutsamer als
diese unmittelbaren praktischen Ergebnisse ist die Tat-
sache zu bewerten, daß im internationalen Genossen-
schaftsbund allem Anschein nach die Neigung, recht bald
wieder zur Herstellung der früheren Beziehungen zu
gelangen, stark entwickelt ist. Namentlich die engli-
schen Genossenschaften scheinen mit anerkenntniswerter
Tatkraft und mit uneingeschränktem Mute allen Be-
strebungen, auch im internationalen Genossenschafts-
wesen Anschauungen zu verewigen, die in der Kriegs-
periode wurzeln, entgegenzutreten. Da sie hierbei auf
die Unterstützung der meisten Glieder des Bundes rech-
nen dürfen, so ist zu erwarten, daß die frühere Har-
monie recht bald wiederhergestellt sein wird. Für den
Völkerbund sind das erfreuliche Ausfälle, denn die
Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker bil-
det die beste Brücke zu ihrem politischen Zusammen-
arbeiten im Rahmen eines Völkerbundes, der diesem
Namen Ehre macht.

Italien und die Festsetzung der Schuldsumme.

Br. Rom, 4. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der als Sprach-
rohr des Ministerpräsidenten Miti dienende „Messaggero“
schreibt: Die deutschen Delegierten beabsichtigen, viele bisher
nicht berücksichtigte Abrechnungen in die Entschädigungs-
rechnung einzutreiben, wie die verlorenen Kolonien
und die Handelsflotte, um die zu zahlende Gesamt-
summe zu vermindern. Das Blatt bemerkt, daß Italien
nichts von diesen Abrechnungen erhalten habe und daher im
Falle einer Billigung des deutschen Standpunktes eine
Reduktion der Verteilung der afrikanischen
Kolonien und einen großen Anteil, sowie den Vor-
rang bei der Geldentschädigung Deutsch-
lands als Entgelt für die Frankreich und England zuge-
fallenen wirtschaftlichen Vorteile und Kolonialbeiträge fordern
müsse. Selbst wenn der deutsche Einpruch abgelehnt würde,
hätte Italien ein besonderes Anrecht auf die ebe-
maligen deutschen Kolonialreichtümer.

Verzicht auf die Volksabstimmung in Teschen?

W. T. B. Paris, 4. Juni. (Drahtbericht.) Nach
einer „Times“-Meldung aus Warschau wird offiziell
angezeigt, es sei vorgeschlagen worden, auf die
Volksabstimmung in Teschen zu verzichten. Die Grenze
soll in Paris nach Anhörung der Mitglieder der inter-
nationalen Volksabstimmungskommission festgesetzt werden.

Die Stärke der Reichswehr und die Zerstörung des überzähligen Heeresgeräts.

Br. Berlin, 4. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zu den in
der letzten Zeit in der Entente-Presse immer wieder auf-
getauchten Behauptungen über angebliche Verletzungen
der militärischen Bestimmungen des Versailler
Friedensvertrages wird uns mitgeteilt: Die Stärke der
Reichswehr ist seit dem 1. Juni 1919 dauernd herab-
gesetzt worden; sie betrug Ende April 1920 nur noch 213 777
Köpfe und wird am 31. Mai die uns vorläufig bis 10. Juli
angegebene Grenze von 200 000 Mann erreicht haben. Mit
der Zerstörung des Heeresgeräts hatte Deutsch-
land unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes be-
gonnen. In der Zeit vom Juni v. J. bis zum 31. März 1920
wurden zerstört rund 5000 Geschütze, 14 000 Geschützrohre,
8500 Lafetten, 3 400 000 geladene Artilleriemunition,
31 370 000 scharfe Schüsse, 1680 Tonnen Pulver, 32 140
Tonnen Brennstoffe, 24 500 Maschinengewehre, 94 300 000
Schuß-Dandwaffen und Maschinengewehrmunition, vier
Millionen geladene und ungeladene Handgranaten, 1537 000
Säbel, Panzer usw. Die deutschen Luftstreitkräfte
sind bis auf 60 Seeflugzeuge, die die Entente ausdrücklich
zum Zerstören genehmigt hat, völlig zerstört. Das ge-
samte frei gewordene Material ist längst der internationalen
Kontrollkommission zur Verfügung gestellt worden. Die
Abbrückungen der Festungen sind terminmäßig
durchgeführt worden, die Saleituna der Festungsanlagen
dagegen noch nicht beendet; da von der Entente nachträglich
Forderungen gestellt wurden, die in der noch zur Verfügung
liegenden kurzen Zeit gar nicht durchführbar waren.

Die Feststellung des Wahlergebnisses.

Br. Berlin, 4. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Da in der
Bevölkerung ein großes Interesse daran besteht, das Er-
gebnis der Reichstagswahlen möglichst früh-
zeitig zu erfahren, so sind vom Reichsministerium des
Inneren alle Vorkehrungen für eine schnelle Über-
mittlung der Wahlergebnisse aus den einzelnen
Wahlbezirken an die Wahlkreisleiter und für die Weiter-
übermittlung an den Reichswahlleiter getroffen. Es wird
jedoch nicht möglich sein, das endgültige Ergebnis für das
Reich vor Mittwoch zusammenzustellen. Die Ergebnisse
aus den einzelnen Wahlbezirken werden wohl kaum alle
bereits in der Nacht vom Sonntag auf Montag bei den
Wahlkreisleitern eintreffen. Vielmehr werden erst im
Laufe des Montags die Wahlkreisleiter mit der Zusammen-
stellung der Listen über die Bezirksergebnisse und die Fest-
stellung der im Wahlkreis Gewählten eine große umfang-
reiche Arbeit zu erledigen haben. Teilergebnisse, die an sich
bei dem Verhältniswahlsystem von geringerem Wert sind
als bei dem früheren Wahlsystem, werden jedoch, so weit es
irgend möglich ist, bekannt gegeben.

Wann darf das Militär einschreiten?

Br. Berlin, 4. Juni. An zuständiger Stelle erfährt die
„Frankf. Sig.“: Die Vorfälle, die zur Erziehung des
Kapitänleutnants Baasche führten, veranlassen das
Reichswehrministerium — in Übereinstimmung
mit dem Reichsministerium des Inneren — die grundsätz-
lichen Gesichtspunkte darzulegen, nach denen ein Ein-
schreiten des Militärs zur Wiederherstellung der
öffentlichen Ordnung erfolgt:

1. Ein Einschreiten des Militärs aus eigener
Entscheidung ist nach den bestehenden Bestimmungen
überhaupt nicht mehr möglich. In jedem einzelnen Fall
bedarf es einer ausdrücklichen Anforderung und Aufgäbe-
stellung durch eine zuständige Zivilbehörde.
2. Das Militär ist nur dann anzufordern, wenn die
Kräfte der Polizeigewalt nicht ausreichen.
3. Wird durch eine zuständige Zivilbehörde Militär
angefordert, so ist das Militär nicht berechtigt, in eine
Nachprüfung der Frage einzutreten, ob militärische Hilfe
an sich notwendig ist. Die alleinige Verantwortung
für die Tatsache des Einschreitens des Militärs trägt dem-
nach die anfordernde Zivilstelle.
4. Bei einer Anforderung von Militär hat die Zivil-
behörde dem Militär eine bestimmte Klar umrissene
Aufgabe zu stellen.

Hiernach trägt also im Falle Baasche die alleinige Ver-
antwortung für die bei der Durchführung der Untersuchung
eingetretenen Vorfälle der Militärbefehlshaber,
dem der Auftrag übertragen worden war. Die Erziehung
selbst stellt nach den bisher vorliegenden Nachrichten eine
schwere Verletzung gegen die einschlägigen Bestimmungen
und Vorschriften dar und wird an dem dafür Verantwort-
lichen mit aller Schärfe geahndet werden, sobald das Ge-
richt seine Schuld festgestellt hat. Das gerichtliche Verfah-
ren ist bereits eingeleitet.

Eine „grüne Internationale“.

W. T. B. Köln, 2. Juni. Wie der bayerische Bauern-
führer Dr. Heim hier in einer Versammlung der christ-
lichen Volkspartei mitteilte, sind bei den sämtlichen ver-
einigten Bauernvereinen Deutschlands, Österreichs, Ungarns,
Belgiens, Hollands, Schwedens, Norwegens Vorberatungen
zur Schaffung einer „grünen Internationale“ für
die gesamte Landwirtschaftswelt mit dem Sitz im Haag in
die Wege geleitet. Am 6. Juli findet in Baku eine Be-
sprechung der deutschen, österreichischen, ungarischen, bel-
gischen und rumänischen Bauernführer in dieser Ange-
legenheit statt.

Keine unmittelbare Bedrohung Ostpreußens.

Br. Berlin, 4. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Da Be-
schränkungen über eine Gefährdung Ost-
preußens durch die russischen Heere in manchen
Kreisen bestehen, so wird vom Reichswehrministerium
mitgeteilt, daß diese keinerlei Begründung
haben. Die Lage an der polnisch-russischen Front scheint
augenblicklich so zu sein, daß die beiden Armeen das
Gleichgewicht haben. Die russische Offensive
ist vorläufig zum Stillstand gekommen. Ein neuer
Vorstoß ist allerdings möglich, erfordert aber die Auf-
stellung von neuen Streitkräften, die immerhin einige
Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Im übrigen er-
scheint die deutsche Ostgrenze durch diese Unternehmung
nicht gefährdet.

Eine Einigung im Bankgewerbe.

W. T. B. Berlin, 3. Juni. Das Reichsarbeitsmini-
sterium teilt mit: Die unter Leitung des Ministerialrats
Schilder vom Reichsarbeitsministerium stattgehabten
Schlichtungsverhandlungen zwischen dem Reichsverband
deutscher Bankleitungen einerseits und dem Allgemeinen
Verband deutscher Bankbeamten andererseits führten zu
einer vollen Einigung. Die Bankangestellten erhalten
ab 1. April 1920 besondere Teuerungszuschläge, die
für Verbeiräte, Gehälter und Lehrlinge veranschlagt werden
und drückend abgeleitet sind. Spätestens am 15. Juni sollen die
neuen Verhandlungen über den Abschluß des Reichsarbeit-
vertrages beginnen. Örtliche Streiks sind unzulässig ab-
zubrechen. Die Regelung gilt bis zum Zustandekommen
des neuen Reichsarbeitvertrages, längstens aber bis zum
30. August 1920.

Der deutsch-ungarische Wirtschaftsverkehr.

W. T. B. Berlin, 3. Juni. In der vergangenen Woche
finden hier Verhandlungen mit Vertretern der ungaris-
chen Regierung über die Grundlagen des gegenseitigen
Wirtschaftsverkehrs statt. Zwischen den beiderseitigen
Delegierten wurde eine Einigung erzielt.

Die Londoner Verhandlungen mit Rußland.

Dr. Paris, 4. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des "Petit Parisien" aus London hat Lord George im Unterhaus auf einige Anfragen über die Verhandlungen mit den Bolschewiken geantwortet: Auf die Frage, wie es komme, daß die Unterredung mit den russischen Delegierten nur von der britischen Regierung geführt werde, antwortete Lord George: Vorläufig wird es allerdings nur von der englischen Regierung geführt, denn es gibt einige sehr wichtige Fragen, die wir vor allem mit Rußland regeln wollen. Die erste ist die Befreiung und die Heimbeförderung unserer Gefangenen, die wir als eine unauflösbare Bedingung für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland gestellt haben. Weiter wollen wir Garantien für die britischen Interessen im Orient, die bedroht sind, erreichen. Das sind zwei Punkte, die uns persönlich angehen. Wenn diese beiden Punkte geregelt sind, können die Unterredungen mit den anderen Regierungen fortgesetzt werden. Die Vertreter der französischen, italienischen und belgischen Regierung befinden sich übrigens auch in London.

Dr. Paris, 4. Juni. (Drahtbericht.) Nach einer Havas-Meldung aus Washington erklären Regierungsbeamte, Amerika werde inoffiziell auf der Konferenz des internationalen wirtschaftlichen Obersten Rates mit Krassin vertreten sein.

Amsterdam, 3. Juni. Der "Delft Mail" zufolge erhielt Krassin die Erlaubnis, ein französisches (?) Handelsbureau zu errichten, das mit dem Amt für überseeischen Handel zusammenarbeiten soll. Die "Daily Mail" schreibt ferner, eine sehr aufrichtige Persönlichkeit habe sich aktiver an der Sache beteiligt. Krassin habe den Auftrag, in England auf alle Fälle und zu jeder Bedingung die Lieferung von Eisenbahnmaterial, landwirtschaftlichen Maschinen und Textilwaren abzuklären. Das Blatt fügt hinzu, es habe Grund zu der Annahme, daß der Entschluß Lord Georges, die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland zu eröffnen, im Widerspruch mit den Ratifikationen stehen, die ihm von anderen Mitgliedern des Kabinetts gegeben worden seien.

Der englisch-japanische Vertrag.

W. T. B. Rotterdam, 3. Juni. Wie der "Nieuwe Rotterdamse Courant" aus London meldet, wird der englisch-japanische Vertrag wahrscheinlich automatisch ein Jahr lang weiter laufen, da die Zeit bis Juli nicht mehr ausreicht, um über die Revision des Vertrages, die durch die Ausscheidung des deutschen Einflusses im fernen Osten nötig wurde, zu verhandeln.

Deutsche Zerstörer in Paris.

Amsterdam, 2. Juni. (Havas.) Es wird gemeldet, daß die Frankreich zugewiesenen deutschen Zerstörer "B. 46" und "B. 130", bevor sie zerstört werden, nach Paris verbracht werden sollen, um dem Publikum ausgestellt zu werden.

Zusatz für den Haushalt von Elsch-Bohringen.

W. T. B. Paris, 4. Juni. (Drahtbericht.) Die Kammer hat gestern einstimmig einen Antrag auf Zusatz von 725 Millionen zum Haushalt von Elsch-Bohringen angenommen.

Die Wiederherstellung der russischen Ostseeflotte.

W. T. B. Kopenhagen, 3. Juni. "National Tidende" meldet aus Helsingfors: Verschiedene hier eingelaufene Nachrichten belagern, daß die bolschewistische Kriegsmarine eifrig mit der Wiederherstellung der russischen Ostseeflotte beschäftigt ist. Eine große Anzahl Matrosen, die bisher an den verschiedenen Fronten kämpften, ist zum Marinedienst einberufen worden.

Der neue Präsident von Paraguay.

Dr. Paris, 4. Juni. (Drahtbericht.) Nach einer Havas-Meldung wurde zum Präsidenten von Paraguay Manuel G. Contreras ernannt.

Eine Riesengroßexplosion in der Nähe von Moskau.

W. T. B. Kopenhagen, 4. Juni. (Drahtbericht.) "Berlingske Tidende" meldet: Die aus Moskau nach Kowno heimgekehrten Mitglieder der litauischen Friedensabordnung berichten über eine große Explosion in Moskau, welche die drahtlose Telegrafienstation schwer beschädigte. Eine riesige Explosion brachte alle Häuser zum Einstürzen. Viele Menschen wurden auf der Straße umgeworfen. Es wurde bald bekannt, daß Gulev, 5 Kilometer von Moskau entfernt, in die Luft geflogen sei. Sofort nach der Explosion wurde die Umgebung durch Militärpatrouillen besetzt. Die Unfallstätte wurde im Umkreis von mehreren Kilometern abgesperrt. Das ganze Dorf war dem Erdboden gleichgemacht worden, die meisten Bewohner getötet, darunter die ganze militärische Besatzung. Am nächsten Tage wurde in Moskau die Arbeit zu Ehren der Opfer eingestellt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet unter dem Verdacht, die Explosion veranlaßt zu haben.

(18. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Wandlungen.

Roman von Hans Beder (Wiesbaden.)

Pironet schüttelte den Kopf.
"Weiß Gott, was er wieder vor hat. Wenn er nur keine Dummheiten macht."
Paul hatte dem Kommissionsärzt gesagt: "Ich suche eine Dame, eine Deutsche. Sie müssen mir helfen, sie zu finden."
"Wohnt die Dame hier ständig in Petersburg oder ist sie nur zeitweilig hier?"
"Das weiß ich nicht. Ich weiß nichts, ich kenne nur ihren Namen. Aber finden muß ich sie."
Der Kommissionsärzt begriff, daß an dem Herrn etwas zu verdienen sei. Er suchte die Sache als sehr schwierig hinzustellen.
"Wenn man keinen Anhalt hat, wenn Sie mir nur den Namen sagen können, wird es nicht leicht sein. Ich werde natürlich alles tun."
"Mein Gott, das kann doch keine Schwierigkeiten machen. Auf der Polizei oder dem Meldeamt."
Der Kommissionsärzt hob die Schultern, dabei lachte er ein wenig: "Wer weiß, ob die Dame schon angemeldet ist. Versuchen will ich es aber. In einer Stunde oder so bringe ich Ihnen Bescheid."
"Ich komme mit."
"Das hat keinen Zweck, Herr Herford, lassen Sie mich allein gehen."
Paul wurde ungeduldig.
"Nein, ich komme mit."
Der Kommissionsärzt mußte sich fügen, er sagte nur noch: "Die Beamten, die mit solchen Dingen zu tun haben, sind sehr ungeschicklich. Man muß etwas springen lassen."
"Ich zahle alles, hier haben Sie Geld. Sparen Sie

Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin.

Wiesbadener Nachrichten.

Zum Milchstreik.

Von der Regierung erhalten wir folgende Zusage: Am 4. Juni ist im Landkreis Wiesbaden der Milchstreik ausgebrochen. Mit Ausnahme der häuslichen Tomaten und der Gemeinde Wiesbaden haben sämtliche Landwirte des Landkreises Wiesbaden die behördlich festgesetzten Milchlieferungen nach der Stadt eingestellt. Ohne auf die Gesundheit der Säuglinge und der Kranken in der Stadt Wiesbaden Rücksicht zu nehmen, hat eine Gruppe von Interessenten sich zusammengeschlossen, um die Behörden und die Stadt Wiesbaden zu zwingen, den von ihnen geforderten erhöhten Milchpreis zu zahlen. Welche Verantwortung die Landwirte mit ihrem Vorgehen auf sich laden, kann sich jeder denken, der zu beurteilen vermag, was es bedeutet, wenn etwa 2000 Säuglinge ohne Nahrung gelassen werden sollen. Schon am 11. Mai d. J. hatten die in der Kreisbauernschaft vereinigten Landwirte an die Stadt Wiesbaden und an die Landesregierung ein Ultimatum gestellt, daß sie die Milchlieferungen einstellen würden, wenn nicht am 18. Mai der Milchpreis von 1 M. auf 2 M. erhöht würde. Dieses Ultimatum hatte folgenden Wortlaut:

"Bis zum 18. Mai der Milchpreis nicht auf 2 M. der Liter ab statt unter Verdonnerung der Anfuhrkosten erhöht, so wird von diesem Tage ab Milchlieferung der hiesigen landwirtschaftlichen Organisationen eingestellt. Alle landwirtschaftlichen landwirtschaftlichen Organisationen sind benachrichtigt und zum gleichartigen Vorgehen aufgefordert worden. Ges. Kreisbauernschaft Wiesbaden-Land usw."

Am 18. Mai d. J. ist dann tatsächlich der Milchstreik eingetreten. Von den 30 Milchwagen, die am frühen Morgen die Milch aus dem Landkreis Wiesbaden nach der Stadt bringen, war bis 9 Uhr vormittags nur ein einziger unterwegs. Da die Stadt Wiesbaden ihre Säuglinge nicht ohne Milch lassen und damit der Gefahr des Hungertodes ausweichen konnte, verhandelte sie mit der Bauernschaft und bezahlte unter Protest den geforderten Preis von 2 M. unter gleichzeitiger Erhöhung der Anfuhrkosten um 100 Prozent. Damit wurde erreicht, daß wenigstens noch in den Nachmittagsstunden die Milch an die Verbraucher ausgegeben werden konnte. Was die Erhöhung des Milchpreises für die Konsumenten bedeutet, haben die Bürger der Stadt Wiesbaden erfahren. In den städtischen Verkaufsstellen kostete das Liter Milch jetzt 1.60 M. 3.20 M. Dieser Preis wurde um so drückender empfunden, als in allen Nachbarbezirken sich die Landwirte mit einem Preis von 1.50 M. ab statt einverstanden erklärten und sogar der größte Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden die Milch tatsächlich noch zu 1 M. ab statt lieferte. Außerdem war es unverständlich, warum die Bauernschaft mit dieser außergewöhnlich hohen Forderung hervortrat, nachdem durch den Eintritt der Grünfütterung der Milchpreis allenfalls eine namhafte Steigerung erfahren hatte.

Es war den Bauernschaften wohl bekannt, daß eine Erhöhung des Milchpreises nur mit Genehmigung der Landesregierung erfolgen konnte, und daß über die Festsetzung des Milchpreises Verhandlungen auch mit den benachbarten Wirtschaftsgebieten erforderlich waren. Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß Frankfurt a. M., die größte Stadt des Regierungsbezirks, acht Zehntel ihres Milchbedarfs aus Dessen erhält.

Um den Bauernschaften entgegenzukommen und ihre Wünsche zu hören, hat am 21. Mai eine Besprechung bei dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau in Kassel stattgefunden, bei der Vertreter der Behörden, die Kreisbauernschaften und die Landwirtschaftsbeamten der Provinz geladen waren. In dieser Besprechung hat man sich nicht davor überzeugen können, daß eine Preissteigerung derart auf Doppelpfennig von 1 M. auf 2 M. geboten sei. Vielmehr wurde eine Erhöhung auf 1.50 M. ab statt für ausreichend erachtet. Der anwesende Vertreter der Landesregierung, Abgeordneter Wittich, führte aus, daß die Landesregierung sich wahrscheinlich dazu bereit finden werde, den Preis auf 1.50 M. ab statt zu erhöhen, keinesfalls aber ihre Zustimmung zu einem Milchpreis von 2 M. ab statt geben könne. In dieser Sitzung kam auch zum Ausdruck, daß die Landwirte von Kassel und dem Kreis Kassel Dessen mit einem Milchpreis von 1.50 M. einverstanden wären. Lediglich die Landwirte des Landkreises Wiesbaden befanden sich auf ihrer Forderung von 2 M. ab statt daraufhin beschloß, die Genehmigung einer Erhöhung des Milchpreises von 1 M. auf 1.50 M. ab statt bei der Landesregierung zu beantragen. Dielem Antrag ist mittlerweile stattgegeben worden. Um den Ansprüchen der Landwirte, so weit sie berechtigt sind, entgegenzukommen, hat der Oberpräsident erklärt, daß in allerhöchster Zeit bei dem Oberpräsidenten in Kassel ein Wirtschaftskollegium, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucherkreise, eingerichtet werden soll, das innerhalb bestimmter Zeitabschnitte zusammentritt, um über die Preisfestsetzung der Milchpreise Beschlüsse zu fassen. Vom 1. Juni d. J. ab beträgt der behördlich festgesetzte Milchpreis ab statt ab stattmäßig in der Provinz Hessen-Nassau, dem Kreis Kassel Dessen und Paderborn 1.50 M. In der Rheinprovinz

nicht, machen Sie nur, daß ich schnell die Adresse erhalte."

Paul zog aus der Tasche einige Scheine und reichte sie dem Kommissionsärzt hin, ohne nachzusehen, was er gegriffen hatte.

Dann fuhren sie in der Stadt herum. Der Kommissionsärzt ließ vor einigen Häusern halten, hat Paul einige Minuten zu warten und ging hinein, kam jedoch immer mit dem Bescheid zurück: "Es ist nichts zu erfahren."

"Was war das für ein Haus?" fragte Paul jedesmal ungeduldig.

"Ein Polizeiamt, ein Postbureau, ein Meldeamt." Für jedes Haus hatte der Mann eine andere Benennung.

Endlich hielten sie vor einem großen Gebäude; der Kommissionsärzt ging hinein. Doch nur soweit, daß Paul ihn nicht mehr sehen konnte. Er sprach mit einigen durch die Korridore eilenden Beamten, fragte etwas Gleichgültiges, sah dann auf seine Uhr und zog endlich einen Zettel aus der Tasche: Frau Dora Hagen, deutsche Reichsangehörige, Tänzerin, Hotel de France, stand darauf.

Er lachte in sich hinein: Die Adresse hatte er gleich das erste Mal, im Meldeamt, erhalten. Das Hotel lag keine zehn Minuten von dem entfernt, in dem Paul wohnte, und zu dem er gehörte.

Mit dem Zettel in der Hand ging er wieder auf die Straße.

"Endlich, Herr Herford! Es hat ein Stück Geld gekostet. Hier ist die Adresse. Ich habe sie auf der Rückseite gleich deutsch aufgeschrieben."

"Hotel de France. Sagen Sie dem Kutscher, daß er mich schnell hinführt. Ich brauche Sie nicht mehr. Hier."

Er gab ihm noch einige Scheine.

Der Kommissionsärzt dankte, sagte jedoch noch: "Ich habe alles, was Sie mir gegeben haben, verbraucht."

ist der Milchpreis ungefähr der gleiche mit 1.60 M. Dessen bezahlt sogar nur 1.20 M. Es wird also in allen angrenzenden Wirtschaftsgebieten der gleiche Preis von etwa 1.50 M. gezahlt, und in allen diesen Wirtschaftsgebieten wird zu dem gleichen Preis die Milch reichlich geliefert. Nur die Bauernschaft des Landkreises Wiesbaden besteht auf der Erhöhung des Milchpreises auf 2 M. und ist nunmehr, nachdem die Stadt auf Grund der neuen Milchpreisfestsetzung es ablehnen mußte, den geforderten Preis zu zahlen, von neuem größtenteils in den Milchstreik eingetreten. Es wird dabei kein Mittel gesucht, und selbst der Streik in Szene gesetzt, um die Forderungen durchzusetzen. Die Behörden sind gewillt, den Kampf aufzunehmen und der Bauernschaft nicht nachzugeben. Sie werden sich nicht scheuen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Landwirte, die die Erfüllung der gesetzlichen Ablieferungsobligat verweigern, vorzugehen. Es mag hierbei erwähnt werden, daß auf die Milchlieferung der für jeden Landwirt festgesetzten Milchmenge hohe Strafen (10 000 M. Geldstrafe und bis zu 1 Jahr Gefängnis) stehen. Zur Verhütung der Verhinderung Wiesbadens kann gesagt werden, daß die Säuglingsmilch und die Krankmilch durch Umstellung aus den Nachbargebieten für die kommende Zeit sichergestellt ist.

Evangelische Bezirksynode.

Die zweite Plenarsitzung nahm am Donnerstag, den 3. Juni, vormittags 9 Uhr, im Saal der Lutherischen Kirche ihren Anfang. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Wahlprüfung des Verfassungsausschusses. Der Ausschuss schlug nach sehr eingehender Beratung einen Wahlkreis für die Wahlen zum Landestag vor; der Berichterstatter wies dabei auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die bei der Schaffung mehrerer Wahlkreise zu überwinden seien, betonte aber zugleich, daß der Ausschuss sich bei seinen Beratungen auch nicht die Schwierigkeiten verhehlt hätte, die durch Einrichtung eines Wahlkreises entstehen. Im Plenum gingen die Meinungen über die Frage, "ein oder mehrere Wahlkreise" sehr auseinander. Vorrede und Nachteile der beiden Vorschläge wurden von den Synodalen nachdrücklich zur Geltung gebracht. Nach eingehender Debatte wurde der Antrag des Ausschusses, einen Wahlkreis einzurichten, mit 26 gegen 23 Stimmen abgelehnt und die Zurückverweisung der Gesamtvorlage des Entwurfs zu einem neuen Kirchenrat an den erweiterten Verfassungsausschuss beschlossen. Beim 2. Punkt der Tagesordnung, "Errichtung eines Vertrauensrates", beantragte die Kommission, die Errichtung eines Vertrauensrates für überflüssig zu erklären; der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Punkt 3, betreffend die Veranlassung, wird dahin erledigt, daß auf Antrag der Finanzkommission die Erhöhung der Umlagen für den Zentralkirchenfonds auf 6% Prozent nachträglich genehmigt wird und die Synode die Erwartung ausdrückt, daß die Kirchenengemeinden bei der Festsetzung des noch verbleibenden Beitrags sich nachdrücklich beteiligen. Das Kirchenrat, betr. Erhebung der Kirchensteuer in dem Amtsbezirk des Konsistoriums zu Wiesbaden, findet als 4. Punkt der Tagesordnung behaftlos Annahme. Damit wird die zweite Sitzung geschlossen.

— Wann und wo Ausgleichsforderungen anzumelden. Aus Berlin wird von zuständiger Stelle berichtet: Für die Anmeldung von Ausgleichsforderungen und Ausgleichspflichtigen Forderungen gegen Schuldner in denjenigen Staaten, die dem Ausgleichsverfahren bisher beigetreten sind, nämlich: 1. Großbritannien, ausgenommen für seine Dominien, Kolonien und Protektorate mit Ausnahme der Südafrikanischen Union und Südafrika, 2. Frankreich unter Einfluß von Elsch-Bohringen, ausgenommen für seine Kolonien und Protektorate, 3. Italien, ausgenommen für seine Kolonien, 4. Belgien, ausgenommen für den Kongo, 5. Spanien, 6. Griechenland und nach 7. der Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 30. April 1920 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 94, S. 761) ausgenommen; die Zweigstelle in Frankfurt a. M. für die preussische Provinz Hessen-Nassau, außer den auf Grund des Friedensvertrags besetzten Gebieten und den Kreisen Herrschaft Schmalfeld und Grafschaft Schaumburg, den preussischen Kreis Weimar (Rheinprovinz), Dessen mit Ausnahme des auf Grund des Friedensvertrags besetzten Gebiets, Waldeck-Rosenfeld; die Zweigstelle in Köln für: das im Westen auf Grund des Friedensvertrags besetzte preussische, belgische und ostpreussische Gebiet.

— Verteuerung der Lebensversicherung? Aus Berlin wird uns berichtet: Die bevorstehende Erhöhung der Lebensversicherungsprämien ist bisher Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung und den deutschen Lebensversicherungsgesellschaften gewesen. Ein positives Ergebnis haben diese Verhandlungen noch nicht erzielt, jedoch wird in beteiligten Kreisen damit gerechnet, daß in absehbarer Zeit neue gezielte Grundlagen geschaffen werden, die eine Herabsetzung der Prämien im Einverständnis mit der Aufsichtsbehörde ermöglicht. Die Angelegenheit wird, wie wir auf Anfrage im Reichsaufsichtsamt erfahren, auch das Plenum des künftigen Reichstags zu beschäftigen haben. Die Versicherungsge-

Meine Kommission soll ich wohl auf Ihre Rechnung schreiben lassen?"

Paul nickte.

"Ja, ja."

"Er dachte gar nicht daran, daß der Kerl ihn betrog, er brannte darauf, schnell zu Dora zu kommen."

Als er am Hotel de France vorfuhr, erklärte der Portier: "Madame Hagen ist nicht zu Hause. Sie ist mit Herrn Helgersdorf ausgefahren, aber die andere Dame, Fräulein Helgersdorf, ist oben. Zimmer fünfzehn und sechzehn."

Helgersdorf — der Name löste ein Errinnern in Paul.

Helgersdorf — wann und wo hatte er den Namen schon gehört?

Er blieb, ohne dem Portier zu antworten, stehen und sah den Mann verwundert an. Plötzlich fiel ihm ein: Helgersdorf. Das waren die Tänzer, von denen der reiche Russe, in dessen Gesellschaft er gehen sollte, gesprochen. Pironet hatte den Namen später genannt.

Er war ganz verwirrt und fragte hastig: "Helgersdorf — sind das die Tänzer, die hier Vorstellungen geben? Was hat Frau Hagen mit diesen zu tun?"

Jetzt schien der Portier erkannt.

"Frau Hagen gehört doch zu ihnen. Sie ist auch Tänzerin."

Paul wollte sagen: "Dann habe ich mich wohl geirrt, das ist nicht die Dame, die ich suche." Doch sein Denken änderte sich plötzlich. Warum nicht? Warum sollte Dora nicht Tänzerin geworden sein? Was war im Leben unmöglich?

Sie hatte immer für diese Kunst geschwärmt, hatte oft gesagt: "Ich gehe zum Ballett."

Manchmal, wenn sie recht ausgelassen und lustig war, hatte sie zierlich ihr Kleidchen mit den Fingerspitzen in die Höhe getafft und ihm im Walde etwas vorgetanzt.

"Sieh mal, kann ich nicht nett tanzen?" (Fort. 1)

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Weinrestaurant
Goethe - Stube
Webergasse 37.
Frühstück-Platten — Diner 12-2 —
Abend-Platten.
H. Weine erst. Firmen. Wein im Ausschank.

Wintergarten
Schwalbacher Str. 8, Ecke Rheinstr.
Kaffee-, Konzert- u. Ballhaus.
Kein Weinzwang. Bier in Karaffen.

Tanzschule Endw. Müller, Biebrich.
Sonntag, 6. Juni:
Tanzfränzchen
Saal „Drei Aronen“, Schierstein.

Wiesbadener Hof
Moritzstraße 6.
Wiedereröffnung
als Familien-Restaurant mit gutbürgerlicher Küche.
Gutgepflegte Biere. — Prima Weine. —
Zivile Preise.
Jeden Abend, ab 7 1/2 Uhr:
Konzert unter Leitung des beliebten Kapellmeisters **Rabeck** aus Wien.

Naturwein-Versteigerung
zu Hallgarten im Rheingau.
Der Unterzeichnete versteigert am Freitag, den 11. Juni 1920, nachm. 1 1/2 Uhr, in seinem „Wingehaus“
1 Halbstück 1918er und 50 Arn. 1919er naturreine Weine
(Stück- und Halbstück, die zweite Hälfte der Areszeng).
Die Weine wurden trockfrei eingebracht und sind sämtlich von schöner Art, größtenteils Riesling-Gewächse.
Der Vorstand des
Hallgartener Winger-Vereins E. G.

Wein-Versteigerung

der
Vereinigung Niersteiner Weingutsbesitzer E. V.
Nierstein a. Rhein.

Am **Mittwoch, den 30. Juni d. J.**, nachmittags **1 Uhr**, versteigert die Vereinigung Niersteiner Weingutsbesitzer im Saale des „Rheinhotels“ in Nierstein
23 1/2, 40 1/2 u. 1/4 Stück 1919er u. 2 1/4 Stück 1917er

Niersteiner Weine
aus besseren und besten Lagen.

Probetage für die Herren Kommissionäre und Interessenten am Freitag, den 11. Juni, sowie am Versteigerungstage vor der Versteigerung im „Rheinhotel“.

Proben nach auswärtig werden nicht versandt.
Joh. Wehrheim Adam Steib
Vorsitzender. Schriftführer.
Fernruf Nr. 59. F200g

Raucher! Raucher! Raucher!

Meine verehrte Kundschaft sowie ein geehrtes Publikum mache ich auf die neu eingetroffenen billigen
Qualitäts-Zigarren von 50 Pfg. an

aufmerksam. — Beachten Sie mein Schaufenster! —
Für Gastwirte ist beste Gelegenheit geboten ihren Bedarf zu decken, so lange Vorrat.

Otto Ehrentauf, Bismardring 19. Fernspr. 1330.

Vom 7.—11. Juni

Aufführung sämtlicher
Streichquartette von

BEETHOVEN

im Mainzer Stadttheater
jeden Abend 7 1/2 Uhr
durch das

WENDLING-QUARTETT

Karten
für alle 5 Abende 40, 20, 10, 5 Mark
Einzelkarten 8 und 10 Mark

Verkauf durch
die Theaterkasse Mainz

Verein für Kunst und Literatur
Mainz

Bürger! Beamte! Angestellte!

Folgt nicht den Sirenentönen der Rechtsparteien, sie erstreben den Wiederaufbau —

der alten Klassenherrschaft im Staate —

der alten Kastenherrschaft in der Verwaltung. —

Vor den Wahlen haben sie uns schon immer Alles versprochen und — Nichts gehalten.

Manches hat uns die kurze Zeit seit dem Umsturz, trotz aller Krisen von außen und innen und der Putzsch von rechts und links, gebracht.

Die Beamtenrechte sind in den Grundzügen in der Verfassung verankert.

Politische Freiheit, Vereinigungsrecht usw.

Das Meiste in dieser Hinsicht ist aber noch zu tun.

Die beste Gewähr für die Wahrung der Beamtenrechte und den neuzeitlichen Ausbau des Beamtenrechtes wie auch der Verwaltungsreform bietet aber die **Sozialdemokratie**. Darum wählt Alle Mann für Mann am 6. Juni die Liste

„Scheidemann“

Der 6. Juni entscheidet über die Zukunft
der Angestellten und Beamenschaft!!

Hempel, Martert, Ober- Christian,
Rechnungsrat. Kulturantritts-Bürovorsteher. Postsekretär.

Schid, Broglie, Kondrahn,
Postschaffner. Volksschullehrer. Polizeisekretär.

Mottenkämpfer

bestes Mottenvertilgungsmittel
in Paketen u. lose ausgewogen.
Alleinverkauf: 600
Schützenhof-Apotheke
Langgasse 11.

Warnung für die Hausfrauen!

Schokolade und Kakao dürfen nur verpackt mit Firma und Preisaufdruck verkauft werden. Wer dies mißachtet und lose Ware kauft, läuft Gefahr, verfälschte oder minderwertige Ware zu erhalten.

Verband Deutscher Schokoladefabrikanten. & V.

F78

Schlafzimmer

Eiche, großer 31. Spiegel-
schr. m. Wascheinricht.,
Waschtoilette m. Spiegel-
aufsatz, 2 Nachtschr. m.
Marmorpl., 2 Bettstellen
zusammen **Mk. 6000.**

Möbel- Buchdahl
4 Bärenstr. 4.

Felle

aller Art zu
Schuh-Oberleder
auch von Kanin zu
Led. - Pantoffeln
Handtaschen
werden z. Gerben angen.
Ausführung:
Braun, grau und schwarz.
Pelz- u. Teppich-Gerbung
von Kanin, 3 del. Reh usw.
Fensterleder-Gerbung
von Kanin, Zedel, Schaf,
Reh usw.
Horn, Schwalbacher Str. 38

Rauche mit

„Kofon“

D. R. P. 318048.

WEINKLAUSE
NONNENHOF
LITTE: EISENTOGASCHEN

Die grossen
Juni-Attraktionen
mit Prof. Dressler.

Vanderbilt-Cabaret
Stiftstr. 18. Tel. 1036.

Die Stimmungs-Manone
Tom-Boston
der so viel Beliebte, in
seinen Original-Neger-
Step-Tänzen, deutsch.
u. engl. Gesang.

Täg- lich: Großer Ball.
Eintritt: Herren 3 Mk.,
Damen frei.

Walhalla.
Die Liebe
der Bajadere!

Ind. Tragödie in 6 Akten!
Haben Sie etwas gemerkt?
Ein lustiges Bad
in 3 Akten, mit
Paul Heldemann.

Odeon.
Erst-Aufführung!
Maria Widal
in
Irenes Fehltritt
das Drama einer irren-
den Liebe in 5 Akten.

Der
Diplomatensängling
Lustspiel in 3 Akten
mit
Paul Heldemann

Kinephon.
Erst-Aufführung:
Die Siebzehnjährigen
Die Tragödie einer
Jugend, 5 Akte.
Hauptdarsteller:
Hanni Weiss,
Curt Vespermann.
!! Das überreflektete
Lustspiel!!
Der Sekretär der
Königin. 3 Akte.
Spielzeit bis 10 1/2 Uhr.

Thalia.

!! LILLI !!
II. Teil:
Lillis Ehe!

Ein Sittenbild aus
Berlin W. in 5 Akten
nach dem gleichnamig
Roman m. Mia Pankau.
Das Blumenmädchen
von Tonesol!
Prächt. kol. Pathéfilm.
Spielzeit v. 3—10 1/2 Uhr

U.T.

Bis einschl. Freitag:
Miss Pearl White
in dem Sensations-
Abenteuer- und Krimi-
nal-Roman
Langeweile einer Königin
II. Teil:
Zum Tode verurteilt.
Die Glanzleistung der
amerikanischen Film-
kunst.

Rhenania-Lichtspiele

Bis einschl. Freitag:
Die Geheimnisse
von New-York.

IV. Teil:
! Die Chinesenstadt !

Grosse Sensation:
Die Entlarvung
der Schwarzen Hand.

Weiß- u. Rotweine
in H. Netz zu haben.
Ruppel, Tannstr. 41, 1.

Ein kleiner Posten v.
Rotwein,
heiß, geeignet für Kranke,
billig zu verk. Braude,
Bierstadt, Kirchstraße 3.

Theater

Raff. Landes-Theater
Samstag, 5. Juni.
47. Vorstellung Abonnement B.

Siegfried
In drei Akten.
Zweiter Tag aus der Trilogie
„Der Ring des Nibelungen“ von
Richard Wagner.

Siegfried . . . Christian Streib
Wotan . . . Heinrich Schorn
Der Wanderer . . . G. H. Andra
Herrich . . . Fritz Winkler
Fahner . . . Alex. Hofmeister
Erda . . . Ella Saas
Brünnhilde . . . Emilie Fritsch
Stimme des Waldbogels
Therese Müller-Reichel
Musik. Begl.: Prof. Mannhardt.
Anfang 8, Ende nach 9.30 Uhr.

Residenz-Theater.
Samstag, 5. Juni.
Ihre Götter — die
Tänzerin.

Operette in 3 Akten von Walter
M. Geyer.
In den Hauptrollen sind be-
kannthe: Die Damen: Ger-
trude und Gertrude von Wink-
ler. Die Herren: Gustav
Wagner, Carl Ehrhardt-Hardt,
Hermann Friederich, Ludwig
Kemper, F. W. Pfeiff, Rudolf
Dano, Kurt Stolzenberg und
Hermann Wardenal.
Anfang 7, Ende nach 9.30 Uhr.

Rathaus-Konzerte

Samstag, 5. Juni.
Anfang mit dem Kurator:
10 Uhr: Kreuznach oder Nau-
heim, Homburg.

Nachmittags 4.00 bis 6 Uhr:
Abonnements-Konzert.

Ausgeführt vom Residenz-
Theater-Orchester, verstärkt
durch Musiker der Orchesterges.
Wiesbaden.

Leitung: Paul Freudenberg.
(Nur bei geeigneter Witterung
im Kurgarten).

1. Sternbanner-Marsch von
Souss
2. Ouvertüre zur Oper „Ray-
mond“ von Thomas
3. Walzer, Espana von Wald-
teufel
4. Die Mühle im Schwarzwald
Idylle von Ellenburg
5. Ouvertüre zur Oper „Die
Weiber von Weinsberg“ von
Günther
6. Erinnerung, Lied v. Preis
7. Fantasia aus der Oper „Der
Freischütz“ von v. Weber
8. Galopp, Jugendstreich von
Ziehrer

Ab 7 Uhr abends:
Rosenfest und Ball.
Grosse Rosendekoration.